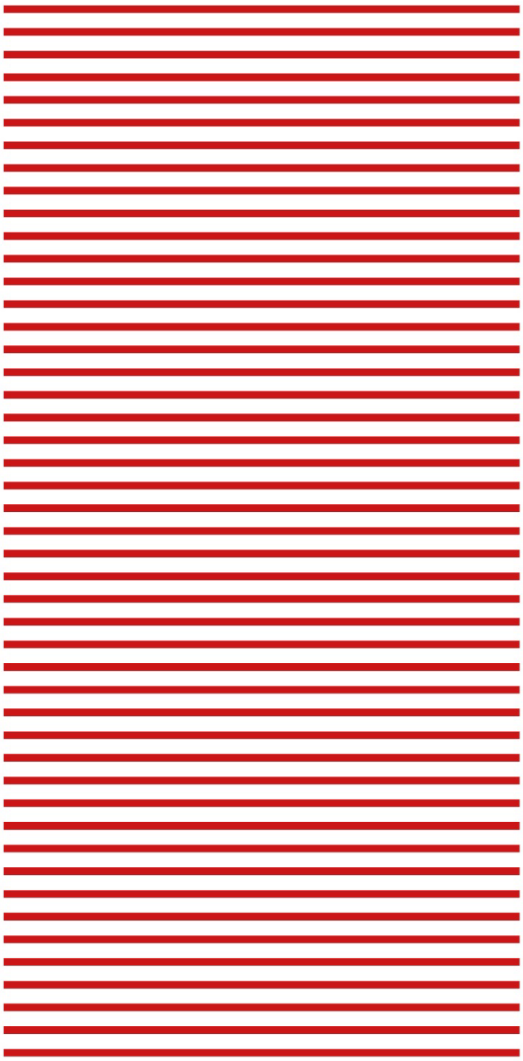
CARS
Working Papers

038



Deutsch-arabische Allianzen gegen Israel in der Nachkriegszeit

Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen und NS-Kontinuitäten im globalisierten Antisemitismus

Ulrike Becker

2025

Abstract

Der Beitrag analysiert die erste antiisraelische Kampagne der Nachkriegszeit (1952/53) gegen das Luxemburger Abkommen, das Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik an Israel vorsah. Die Kampagne entstand aus einer Allianz arabischer Nationalisten – vielfach in der NS-Zeit in Deutschland geprägt – und ehemaliger Nationalsozialisten. Sie transformierte Elemente des NS-Antisemitismus in einen israelbezogenen Antisemitismus, der Delegitimierung, Täter-Opfer-Umkehr und Verschwörungserzählungen kombinierte. Mediale, wirtschaftliche und diplomatische Instrumente verstärkten ihre Wirkung. Die ambivalente Reaktion der Bundesregierung, zwischen moralischer Verpflichtung und Rücksicht auf arabische Regierungen, erleichterte die Etablierung dieser Narrative. Damit wurde früh ein Deutungsmuster verankert, das Israel als Störfaktor in den deutsch-arabischen Beziehungen und als Aggressor erscheinen ließ – eine ideologische Kontinuität aus der NS-Zeit in veränderter Form.

Die Autorin

Dr. Ulrike Becker ist Program Director für die Arbeit gegen Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin, Vorstandsmitglied im Mideast Freedom Forum Berlin, Research Fellow am Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) und Autorin von *Nazis am Nil. Die westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Schatten des Nationalsozialismus* (Vandenhoeck & Ruprecht 2024).

Deutsch-arabische Allianzen gegen Israel in der Nachkriegszeit

Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen und NS-Kontinuitäten im globalisierten Antisemitismus

Von Ulrike Becker

Eine Allianz aus arabischen Nationalisten und ehemaligen Nationalsozialisten organisierte 1952 die erste antiisraelische Kampagne der Nachkriegszeit in Europa. Diese richtete sich gegen das Luxemburger Abkommen, das Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland an Israel vorsah. Die Kampagne transformierte Elemente des NS-Antisemitismus in einen israelbezogenen Antisemitismus, der Delegitimierung, Täter-Opfer-Umkehr und Verschwörungserzählungen kombinierte. Mediale, wirtschaftliche und diplomatische Instrumente verstärkten ihre Wirkung. Die ambivalente Reaktion der Bundesregierung, zwischen moralischer Verpflichtung und Rücksicht auf arabische Partner, erleichterte die Etablierung dieser Narrative. Damit wurde ein Deutungsmuster verankert, das Israel als Störfaktor in den deutsch-arabischen Beziehungen und als Aggressor erscheinen ließ.

Um die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen historisch einzuordnen, ist ein Rückblick auf den Charakter des nationalsozialistischen Antisemitismus notwendig. Der Antisemitismus war nicht bloß ein propagandistisches Begleitphänomen, sondern bildete eine zentrale ideologische Leitlinie der NS-Weltanschauung (Goldhagen 1976: 384; Meyer zu Uptrup 2003: 323–326, 360–366). Die nationalsozialistische Politik beruhte auf einem strikt dichotomen Freund-Feind-Denken, in dessen Zentrum die Figur des „Juden" als universeller Feind stand – verantwortlich gemacht für Kapitalismus wie Kommunismus, für Demokratie wie Bolschewismus, für kulturellen Verfall wie koloniale Ausbeutung (Herf 2006). Antizionismus und Antisemitismus verschmolzen dabei untrennbar zu einer Einheit. Der führende Ideologe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), Alfred Rosenberg, hatte bereits 1921 mit seiner Schrift *Der staatsfeindliche Zionismus* die Linie der Partei in ideologischer Hinsicht vorgegeben. Rosenberg lehnte nicht einfach die politische und territoriale Selbstbestimmung von Juden in einem eigenstaatlichen Gemeinwesen ab, sondern sah einen zukünftigen jüdischen Staat als potenzielles Zentrum der „jüdischen Weltverschwörung" an (Rosenberg 1922: 56, 86; Yisraeli 1971). Adolf Hitler erklärte in *Mein Kampf*, Juden wollten in Palästina eine „Organisationszentrale ihrer internationalen Weltgaunerei" errichten (Hitler 1941: 356; Küntzel 2002: 37–38).

Transnationalisierung des Antisemitismus

Der NS-Antisemitismus wirkte nicht nur nach innen, sondern wurde systematisch in die internationale Arena getragen. Besonders mit dem vom Deutschen Reich begonnenen Zweiten Weltkrieg intensivierten sich die Bemühungen, antisemitische und antiimperialistische, gegen den anfänglich wichtigsten Kriegsgegner Großbritannien gerichtete Narrative gezielt in der arabischen Welt zu verbreiten. Die nationalsozialistische Propaganda adaptierte dabei ihre Botschaften für ein nicht-europäisches Publikum, indem sie – statt rassenideologischer Kategorien – stärker auf die Vorstellung einer „jüdischen Weltverschwörung" und die Koppelung jüdischer Interessen mit dem britischen Kolonialismus setzte. Ein zentrales Mittel war dabei der arabischsprachige Auslandssender *Radio Berlin*, ergänzt ab 1941 durch den Geheimsender *Stimme des Freien Arabien*, der sich als Untergrundsender ägyptischer Nationalisten ausgab (Goldenbaum 2016: 453). Diese Programme verbreiteten neben antiimperialistischen Appellen systematisch antisemitische Inhalte, die vom Reichspropagandaministerium orchestriert wurden. Mit einem der leistungsstärksten Kurzwellen-

sender der Welt, einer 80-köpfigen Orient-Redaktion und einem täglichen arabischsprachigen Programm trug die nationalsozialistische Politik zur Verbreitung von Antisemitismus im arabischen Raum und zur arabischen Konfrontation mit dem Zionismus erheblich bei (Küntzel 2004: 272; Goldenbaum 2016: 471ff.). Jeffrey Herf (2009; 2010) hat herausgearbeitet, dass ein erheblicher Teil dieser Sendungen Verschwörungserzählungen über eine angeblich jüdisch kontrollierte Weltpolitik enthielt. Die „Judenfrage" wurde so als globales Schicksalsproblem inszeniert – insbesondere in Bezug auf die arabische Welt.

Kairo wurde zudem zu einem Zentrum der antisemitischen Auslandspropaganda. 1935 wurde eine Zweigstelle des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) in Kairo errichtet. Diese unterstützte die ägyptische Muslimbruderschaft mindestens bis 1939 finanziell mit erheblichen Mitteln. Matthias Küntzel hat gezeigt, wie die radikalislamische Organisation in der Folge politische Aktivitäten mit antijüdischem Charakter entfaltete (Küntzel 2002: 24). Während des Krieges wurde die Muslimbruderschaft zur stärksten politischen Kraft des Landes; 1942 hatte sie bereits eine Million Anhänger. Auch die örtliche NSDAP war aktiv. 1926 wurde eine NSDAP-Ortsgruppe in Kairo und 1933 eine NSDAP-Landesgruppe in Ägypten aufgebaut (Krämer 1982: 260). NSDAP-Mitglieder versuchten gezielt, den Antisemitismus in Ägypten zu verankern und agitierten mit propagandistischen Mitteln gegen die Juden. Sie fokussierten auf den arabisch-jüdischen Konflikt, und es zirkulierten bereits 1933 die ersten Exemplare der *Protokolle der Weisen von Zion* in Ägypten (Krämer 1982: 277f., 298).

Zugleich wurde Berlin in den Kriegsjahren zu einem Knotenpunkt für nationalistische, antikoloniale Aktivisten aus dem globalen Süden, die im NS-Regime einen potenziellen Bündnispartner im Kampf gegen die britische Hegemonie sahen. Diese Gruppen verbanden oft politische und ideologische Feindschaft gegen den Westen mit einer Offenheit für antisemitische Deutungsmuster. David Motadel (2019) hat gezeigt, wie das nationalsozialistische Deutschland gezielt auf diese Bewegungen zuging und sie propagandistisch unterstützte – etwa durch symbolische Anerkennung, Medienzugang oder materielle Unterstützung.

Ein besonders einflussreicher Akteur war Amin al-Husseini, der ehemalige Mufti von Jerusalem (Gensicke 2007; Elpeleg 1993; Schechtman 1965; Höpp 2001; Herf 2009; Küntzel 2002). In seinen Reden, die in die arabische Welt ausgestrahlt wurden, verband er antiimperialistische Rhetorik mit klassischen Elementen des NS-Antisemitismus: Durch eine antijüdische Folie des Verschwörerischen blickte der Mufti auf die politischen Geschehnisse in der arabischen Welt; Juden erschienen als Drahtzieher imperialistischer Verschwörungen, als Feinde des Islam und der arabischen Freiheit. Herf beschreibt (2009: 102, 133), wie sich die Vorstellungen einer „jüdischen Weltverschwörung" mit einer antijüdischen Lesart des Koran vermischte und sich gegen den Zionismus richtete. So entstand eine neue Form eines islamischen Antisemitismus, in Kooperation mit nationalsozialistischen Behörden und mit Resonanz in den arabischen Gesellschaften.

Insgesamt lässt sich feststellen: Der Nationalsozialismus war nicht nur eine Diktatur mit antisemitischem Kern, sondern auch ein ideologischer Exporteur antisemitischer Weltdeutung. Die Propaganda richtete sich gezielt an arabische und andere nicht-europäische Gesellschaften, wo sie an antiimperialistische und antikoloniale wie islamistische politische Diskurse anschlussfähig war und antijüdische und antizionistische Einstellungen verstärkte. Die ideologische Allianz zwischen NS-Ideologie und antikolonialen Nationalismen war ein zentraler Schritt in der Transnationalisierung des Antisemitismus – ein Prozess, dessen Folgen über das Ende des „Dritten Reiches" hinauswirkten und die spätere antiisraelische Mobilisierung mitprägten.

Der militärische Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschlands 1945 bedeutete zwar die politische Niederlage des NS-Regimes, jedoch nicht das sofortige Ende seines ideologischen Einflusses. Während in Europa der Nationalsozialismus geächtet wurde, wirkten zentrale Elemente seiner Ideologie – insbesondere

der Antisemitismus – in Teilen der arabischen Welt weiter. Wie Küntzel (2006) betont, wurde der Nationalsozialismus dort nicht in gleichem Maße diskreditiert wie im Westen; vielmehr fanden sich in antikolonial-nationalistischen Bewegungen weiterhin ideologische Anknüpfungspunkte.

Al-Husseini kehrte nach dem Krieg nach Ägypten zurück und nahm erneut politischen Einfluss – unter anderem als anerkannter Vertreter der Palästinenser in der Arabischen Liga. Die Muslimbruderschaft, die ihn bereits in der NS-Zeit unterstützt hatte, stellte ihn 1946 in einem programmatischen Appell als Symbol des palästinensischen Kampfes dar. Ihr Führer Hassan al-Banna erklärte: „Der Mufti ist Palästina [...] ein Held, der mit der Hilfe Hitlers gegen den Zionismus kämpfte" (zit. n. Herf 2010: 285). Dieser direkte Bezug auf die nationalsozialistische Ideologie verdeutlicht, wie anschlussfähig NS-Antisemitismus in Teilen der arabischen Öffentlichkeit geblieben war.

Der Einfluss des Muftis war maßgeblich für die kompromisslose arabische Ablehnung des neu gegründeten Staates Israel im Jahr 1948. Während Teile der arabischen Elite zu einem politischen Ausgleich tendierten, setzte sich in der Arabischen Liga die von al-Husseini vertretene Linie eines militärischen Vorgehens gegen Israel durch. Die Folge war der erste arabisch-israelische Krieg – eine Entwicklung, die langfristige Konsequenzen für die Radikalisierung antiisraelischer Positionen in der Region hatte. Diese Ereignisse markieren eine entscheidende Brücke zwischen dem NS-Antisemitismus und dem politischen Antizionismus der Nachkriegszeit.

Das Luxemburger Abkommen als Anlass für die erste antiisraelische Kampagne

Ab 1951 verhandelten jüdische Vertreter mit der westdeutschen Bundesregierung über Zahlungen an Israel, die „Wiedergutmachung" in der Bundesrepublik und „Schilumim" in Israel genannt wurden.[1] Offiziell ging es nicht um „Entschädigungszahlungen" für die Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands, die nicht gesühnt werden konnte. Die Zahlungen sollten vielmehr einen Beitrag zu den Integrationskosten der europäischen Überlebenden der Shoah leisten, die nach dem Ende des Krieges und zu Beginn der 1950er Jahre nach Israel einwanderten.

Das Abkommen war für den jungen und ökonomisch schwachen sowie durch die arabische Boykottpolitik in der Region isolierten jüdischen Staat sehr wichtig, widersprach aber fundamental den politischen Zielen Ägyptens und der anderen arabischen Staaten. Seit 1948 war ein Boykott Israels die offizielle Politik der Arabischen Liga – ganz offen wurde dabei ausgesprochen, dass das Ziel der wirtschaftliche Zusammenbruch des Staates Israel sein sollte und damit das Ende des jüdischen Staates in der Region. Die Arabische Liga erkannte Israel nicht an, fünf arabische Staaten hatten Israel im Mai 1948 mit dem Ziel angegriffen, den jüdischen Staat zu zerstören. Der erste Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand ohne Friedensvertrag und sollte das Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn für Jahrzehnte prägen.[2] Regierungen weltweit standen vor der Frage, wie sie sich zwischen den Parteien positionieren sollten. Die Bundesregierung befand

[1] Der Begriff „Schilumim" wurde in Israel eingeführt, um die Zahlungen von Reparationen zu unterscheiden. Der Begriff geht auf die Bibel zurück, wo er für „Zahlungen" oder „Vergeltung" steht, aber weder Schuldvergebung noch Verzeihen impliziert. Andererseits ist das Wort Schilumim etymologisch mit dem Wort Schalom (Friede) verwandt (Jelinek 1997: 22f.). Konrad Adenauer war es dagegen wichtig, dass die Juden an die Deutschen keine Forderungen stellten, sondern die Zahlungen ein Zeichen der „Versöhnung" seien. In der Bundesrepublik wurde deshalb der Begriff „Wiedergutmachung" verwendet. Vgl. Besprechung unter Vorsitz des Bundeskanzlers Adenauer v. 05.04.1952, in: AAPD 1952, Dok. 95: 263. Dazu auch Goschler (2005: 172f.). Der Begriff „Wiedergutmachung" ist vielfach kritisiert worden. Goschler hat darauf hingewiesen, dass jedoch gerade Befürworter der Entschädigungszahlungen den Begriff verwendeten. Man kann trotzdem nicht darüber hinwegsehen, dass der Begriff angesichts der fast vollständigen Vernichtung des europäischen Judentums eine euphemistische Komponente hat. In diesem Artikel werden deshalb die neutraleren Begriffe „Israel-Vertrag" oder „Luxemburger Abkommen" verwendet.

[2] Zum arabisch-israelischen Konflikt gibt es eine breite Literatur. An dieser Stelle sei lediglich auf zwei jüngere Übersetzungen ins Deutsche zur Entstehung des Konflikts verwiesen: Morris (2023); Morris (2025).

sich dabei in einem besonderen Spannungsfeld. Noch bevor es diplomatische Beziehungen zu den arabischen Staaten und zu Israel gab, mussten westdeutsche Diplomaten sich mit arabischen Protesten gegen die geplanten Zahlungen an Israel befassen und mit dem Appell an die Bundesregierung, sich im Konflikt auf die arabische Seite zu stellen (Becker 2024; Hansen 2002; Berggötz 1998).

Im Dezember 1951 hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer die israelische Forderung nach einer Milliarde Dollar als Verhandlungsgrundlage akzeptiert. Im März 1952 gab es die ersten arabischen diplomatischen Proteste. Eine regelrechte Kampagne begann jedoch erst nach der Unterzeichnung des nach seinem Unterzeichnungsort „Luxemburger Abkommen" genannten Vertrages im Sommer 1952. Die Kampagne hatte das Ziel, die Ratifizierung des Vertrages durch Bundestag und Bundesrat in der Bundesrepublik zu verhindern. Dazu sollten Politiker, Journalisten und Wirtschaftskreise, die gegen das Abkommen eingestellt waren, mobilisiert werden.

In der westdeutschen Bevölkerung war das Abkommen, sieben Jahre nach dem Ende der NS-Zeit, äußerst unpopulär. Im August 1952 befürwortete nur eine kleine Minderheit von 11 % der deutschen Bevölkerung die „Wiedergutmachungszahlungen". 24 % hielten sie für zu hoch und 44 % lehnten sie grundsätzlich ab.[3] Die Opposition gegen das Abkommen war „in signifikantem Ausmaß mit pronazistischen Einstellungen" wie dem Antisemitismus verbunden, wie Werner Bergmann und Rainer Erb beobachteten. In einer Umfrage bezeichneten sich 34 % der Deutschen 1952 selbst als antisemitisch, die reale Ziffer dürfte beträchtlich höher gewesen sein (Bergmann/Erb 1991: 258).[4]

Dieses große antisemitische Segment in der Bevölkerung bildete einen Resonanzraum für die Kampagne. Alarmiert beobachtete Franz Böhm, der die Verhandlungen der westdeutschen Delegation mit Israel leitete, bald Angriffe gegen die Bundesregierung aus nationalsozialistischen Netzwerken, dazu „recht bedenkliche Querverbindungen" zwischen deutschen und arabischen Feinden Israels. Aus diesem Spektrum wurde erfolgreich um Unterstützung von politischer, unternehmerischer und journalistischer Seite in der Bundesrepublik geworben. Die Kampagne wurde schließlich so massiv, dass sich Böhm 1953 mit einer Broschüre an die deutsche Öffentlichkeit wandte, in der er sich ausführlich mit den Protesten gegen das Abkommen auseinandersetzte und über beides aufklären wollte (Böhm 1953). Böhm diagnostizierte in dieser Broschüre, wie stark die Gegnerschaft gegen die Entschädigungszahlungen vom ideologischen Erbe des Nationalsozialismus geprägt war und wie ebendieses Erbe sich auf die westdeutschen Beziehungen zu den arabischen Staaten auswirkte. Im „Dritten Reich" waren die Beziehungen zu den arabischen Staaten immer wieder als deutsch-arabische „Freundschaft" beschworen worden, Böhm stellte fest, dass sie insbesondere „zur Zeit der entsetzlichsten Judenverfolgungen […] besonders eng" gewesen waren und er identifizierte den Antisemitismus als Bindeglied dieser Beziehungen. Dafür war vor allem die deutsche Seite verantwortlich; die nationalsozialistische Propaganda habe „den Antisemitismus in der ganzen Welt ermutigt" und „die arabischen Staaten in ihrer Gegnerschaft gegen einen jüdischen Staat in Palästina bestärkt" (Böhm 1953: 16f.).

[3] Im Dezember 1952 lehnten in einer Umfrage 49 % der Befragten eine Ratifizierung des Abkommens durch den Bundestag ab, nur 26 % akzeptierten sie, während 25 % unentschlossen waren (Bergmann/Erb 1991: 258; Goschler 2005: 134).

[4] Bergmann und Erb gehen davon aus, dass sich in den anderen Gruppen der Umfrage, die sich „reserviert" zeigten oder sich gar nicht äußerten, ein weiterer Prozentsatz zu den Antisemiten gezählt werden muss. 54 % der Deutschen gaben im Dezember 1952 an, sie fühlten sich weder schuldig an der Verfolgung der Juden noch fühlten sie eine Pflicht, dieses Unrecht wiedergutzumachen. Diese Ablehnung jeglicher Verantwortung für die antisemitischen Verbrechen blieb lange erhalten. In einem Bericht des Office of Military Government for Germany aus dem Dezember 1946 wurden in der unmittelbaren Nachkriegszeit 19 % der befragten Deutschen als Nationalisten eingestuft, 22 % als Rassisten, 21 % als Antisemiten und 18 % als „harte" Antisemiten (Bergmann/Erb 1991: 57, 72). Nur 2 % der Deutschen hatten der Studie von 1946 zufolge keine Vorurteile (Rensmann 2004: 489).

Böhm sah al-Husseini als wichtigsten Akteur in der Kampagne auf arabischer Seite an. Er erinnerte daran, dass der Mufti während des Zweiten Weltkrieges „Dauergast im Hauptquartier Hitlers" gewesen war. Nun wies er darauf hin, dass al-Husseini von Kairo aus seinen ideologischen Kampf gegen die Juden weiterführe (ebd.: 14).

In seiner Analyse stellte der CDU-Politiker ein ganzes Bündel von Thesen auf, mit denen er auf ideelle, politische und personelle Kontinuitäten nach dem Nationalsozialismus verwies und mit denen er vor daraus resultierenden Gefahren für die neu gegründete freiheitlich-demokratische Bundesrepublik warnen wollte. Als Motiv der Kampagne identifizierte er das „Ressentiment gegen den Israelvertrag schlechthin". Er warnte vor weitergehenden „gefährlichen Plänen" aus „den Reihen führender ehemaliger Nationalsozialisten und verwandter Gruppen" (ebd.: 20f.). Diese richteten sich Böhms Einschätzung nach nicht nur gegen die Entschädigungszahlungen selbst, sondern waren als Angriff auf Adenauers Politik der Westbindung insgesamt konzipiert. Diesen Nazi-Kreisen schwebe vor, dass sich Deutschland als „Schutzpatron" des Nahen Ostens an die Spitze eines neutralistischen „Mächteblocks" stelle, der sich „zwischen die russische und die westliche Front" schieben könne. Diese Kreise stützten sich Böhm zufolge auf die Einschätzung, dass die Deutschen im Nahen Osten beliebt seien, weil sie „kolonialpolitisch nicht kompromittiert" waren und deshalb als „die natürlichen Verbündeten der unterentwickelten Völker im Orient" angesehen werden würden (ebd.).[5]

Für die Bundesregierung war es ein komplexes Problem, die richtige Antwort auf die arabischen Proteste zu finden – ein Problem, das vier unterschiedliche Dimensionen aufwies: Erstens die Frage, wie die westdeutsche Gesellschaft nach dem Mord an den europäischen Juden mit Schuld und Verantwortung umging und wie sie das Verhältnis zu den überlebenden Juden, den jüdischen Verbänden und zum jüdischen Staat Israel gestalten wollte. Diese Frage berührte zweitens in grundsätzlicher Weise das Verhältnis der Bundesrepublik zum Westen und hatte eine strategische Dimension, wie Adenauer in seinen Erinnerungen unterstrich. Dort betonte er, es sei „das oberste Gebot" seiner Politik gewesen, „Vertrauen zu uns Deutschen zu schaffen". Gerade die Politik der „Sühne an die Juden" hielt er für einen entscheidenden Schritt, um im westlichen Bündnis Vertrauen zu gewinnen (Adenauer 1967: 236; Schwarz 1991: 65, 143, 541).[6] Drittens musste die Bundesregierung den arabischen Regierungen eine Antwort auf ihre Proteste geben und sich damit auch zur Frage des arabisch-israelischen Konflikts positionieren. Viertens war das Jahr 1953 ein Wahljahr, und da die Entschädigungszahlungen an Israel in der deutschen Bevölkerung unpopulär waren, musste die Bundesregierung den Luxemburger Vertrag auch nach innen verkaufen und kritische Stimmen beschwichtigen.

Bekanntermaßen erreichten die Proteste nicht ihr eigentliches Ziel, und das Luxemburger Abkommen wurde im März 1953 in Bundestag und Bundesrat ratifiziert. In den hier nur kurz skizzierten Auseinandersetzungen um das Luxemburger Abkommen zeigt sich das Spannungsfeld deutscher Diplomatie nach dem Nationalsozialismus im Nahen Osten im Allgemeinen. In dieser ersten deutsch-arabischen Auseinandersetzung bündelten sich personelle, ideelle und politische Erbschaften und Kontinuitäten seit dem Nationalsozialismus, die Einfluss hatten auf das westdeutsch-arabische Verhältnis nach Weltkrieg und Holocaust.

[5] Zu neutralistischen Politikkonzepten in der Nachkriegszeit siehe Gallus (2006).

[6] Zu Adenauers Haltung gegenüber Israel siehe auch Küsters 2004, Jelinek 2002, Jelinek/Blasius 1997. Über das Verhältnis von „Moral" zu „Realpolitik" in der westdeutschen Israelpolitik ist in der historischen Forschung bereits ausführlich diskutiert worden. In der Entscheidung für das Luxemburger Abkommen fielen beide Dimensionen in eins: Die Moral war Realpolitik, und das Abkommen Teil der Strategie zur Wiedererlangung der außenpolitischen Souveränität der Bundesrepublik (Jelinek 1997: 62–68; Jelinek 2004: 218–270; Hansen 2002). Zum Luxemburger Abkommen siehe von Jena (1986) und Wolffsohn (1988). Zu den arabischen Protesten Trimbur (2000: 248–280) und Atek (1983).

Das deutsch-arabische Netzwerk gegen das Luxemburger Abkommen

Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen wurde von einer bemerkenswert eng verflochtenen transnationalen Allianz arabischer Politiker und ehemaliger Nationalsozialisten getragen. Fast alle führenden arabischen Akteure hatten während der NS-Zeit in Deutschland studiert oder gearbeitet, viele standen in engem Kontakt zum Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini. Auf deutscher Seite agierten vor allem gut vernetzte Ex-Nazis, die ihre wirtschaftlichen und ideologischen Interessen hinter arabischen Anliegen tarnten. Hier sollen die wichtigsten Akteure auf beiden Seiten kurz beleuchtet werden:

Mamoun al-Hamui war 1952 Ministerialdirektor im syrischen Außenministerium und spielte eine entscheidende Rolle in der Kampagne. Er ist ein paradigmatisches Beispiel für einen arabischen Politiker, der im nationalsozialistischen Deutschland politisch geprägt wurde und später in seinem Heimatland Syrien eine Schlüsselrolle in der Kampagne gegen Israel einnahm. Er kam im Januar 1936 mit einem deutschen Stipendium nach Berlin, wo er zunächst Chemie studierte. 1940 wechselte er an die Universität Jena, wo er im Dezember 1943 an der philosophischen Fakultät promoviert wurde. Sein Betreuer war dort Johann von Leers, der eine Schlüsselfigur der antisemitischen nationalsozialistischen Propaganda und international bekannt war. Von Leers war einer der radikalsten antisemitischen Publizisten des „Dritten Reiches" und offener Befürworter einer weltweiten antisemitischen Vernichtungspolitik (Goldhagen 1976: 401; Finkenberger 2023). Die Dissertation von al-Hamui bewertete er mit „sehr gut" (Sennholz 2013: 312; Botsch 2006: 148) und zeigte sich von al-Hamuis Haltung gegen den Zionismus beeindruckt. Sein arabischer Student habe ihn auf die „Mangelhaftigkeit" der deutschen Berichterstattung über Palästina hingewiesen, die sich auf Informationen aus englischen und amerikanischen Agenturen stütze, die „im Dienste jüdischer Interessen" handelten, notierte von Leers später. 1943 publizierte al-Hamui das Buch *Die britische Palästinapolitik*. Darin klagte er an, dass „das jüdische Element" sich „auf Kosten des Arabertums" in Palästina ausgebreitet habe (zit. n. Poliakov/Wulf 1983: 160f.; Conze et al. 2010: 197ff.). Diese These kam im nationalsozialistischen Deutschland gut an; das Buch wurde prominent veröffentlicht. Al-Hamui war nicht nur mit von Leers befreundet, sondern wurde während seines Studiums auch zu einem der engsten Mitarbeiter von al-Husseini.[7]

Aufgrund seines langen Aufenthalts in Deutschland konnte al-Hamui in der Nachkriegszeit auf ein breites politisches Netzwerk zurückgreifen. Er pflegte Beziehungen zu verschiedenen Gegnern des Luxemburger Abkommens, u. a. zu Franz Josef Strauß.[8] 1952 erklärte er bei einem Treffen im Bundeswirtschaftsministerium, der Kampf gegen Israel sei seine „Lebensaufgabe" und beklagte sich dort, dass dieser Kampf nun durch die geplanten deutschen Entschädigungszahlungen stark erschüttert werde.[9] Bei öffentlichen Auftritten in Deutschland behauptete er, die Zahlungen an Israel seien eine Bedrohung für das Überleben der arabischen Gesellschaften. „Nach Auffassung des syrischen Sonderdelegierten", berichtete zum Beispiel das *Handelsblatt*, sei das geplante Abkommen „das Lebensinteresse von sieben arabischen Staaten mit 40 Millionen Menschen betroffen."[10]

[7] Der Mufti schrieb ein Vorwort für das Buch seines Mitarbeiters und lobte ausdrücklich dessen „wertvolle und höchst anerkennenswerte Arbeit" (al-Husseini 1943: 9; Sennholz 2013: 312).

[8] Siehe dazu Schreiben Joachim Hertslet an den Bundesgerichtshof Karlsruhe v. 20.04.1959, Bundesarchiv Koblenz (BArch), B362, Bd. 10366. Franz Josef Strauß war einer der prominentesten Gegner des Luxemburger Abkommens (Hansen 2002: 321; Trimbur 200: 264).

[9] Aufzeichnung Seeliger über den Besuch von Al-Hamui u. Istuany bei Ministerialdirektor Dr. v. Maltzan v. 06.09.1952, BArch, B136, Bd. 1130.

[10] „Ernster Konflikt mit den Arabern?", in: *Handelsblatt* v. 17.09.1952, Artikel in Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA), B11, Bd. 252.

Auch der spätere syrische Außenminister Zafer Rifai hatte während der NS-Zeit in Deutschland studiert.[11] Das deutsch-israelische Abkommen sah er als einen „feindseligen Akt", das den deutsch-arabischen Handelbeziehungen einen „tödlichen Stoß" versetzen könnte, wie er öffentlich erklärte; eine Drohung, die besorgt von verschiedenen deutschen Tageszeitungen aufgegriffen wurde.[12] Rifai koordinierte seine Aktivitäten mit al-Husseini und gab den Kampf gegen das Abkommen bis zur Ratifizierung durch den Bundestag nicht auf.[13] Ramzi Alajati war in der Nachkriegszeit als Generalsekretär der einzigen syrischen Partei at-Tahrir einer der wichtigsten syrischen Politiker. Die Kriegszeit hatte er in Deutschland verbracht, war Leutnant in einem deutsch-arabischen Bataillon und stand in enger Verbindung zum Mufti. 1947 kehrte er nach Syrien zurück. Er galt als Gegner jeden Kompromisses mit Israel.[14]

Al-Husseini war der entscheidende Akteur in der Kampagne gegen das Entschädigungsabkommen. Während des Dritten Reiches war er ein zentraler Ansprechpartner des Auswärtigen Amtes bei der Propaganda für die arabische Welt gewesen, ein Kreis arabischer Studenten arbeitete ihm zu und wurde von ihm beeinflusst. In der Nachkriegszeit wandte er sich im Juni 1952 mit einem Schreiben direkt an den Bundeskanzler. Im Namen des Arabischen Hohen Komitees (AHK) forderte er Adenauer offiziell auf, die geplanten Zahlungen an Israel zu stoppen.[15] In diesem Brief zeichnete er ein Schwarz-Weiß-Bild des Palästina-Konflikts, wobei die jüdische Seite als grausam, unmenschlich und aggressiv dargestellt wurde. Für die Lage der arabischen Flüchtlinge machte al-Husseini allein die jüdische Seite verantwortlich. Seine eigene Rolle bei der Ablehnung des UNO-Teilungsplans und der Entscheidung für eine militärische Lösung mit dem Krieg gegen Israel 1948, welche die Bildung eines arabischen Staates Palästina verhindert und Hunderttausende Menschen und ihre Nachkommen für Jahrzehnte zu Flüchtlingen gemacht hat, reflektiert er nicht. Stattdessen wiederholte er einen zentralen Topos aus der NS-Propaganda: dass die Juden planten, sich „alle Ländereien einzuverleiben, die zwischen Nil und Euphrat liegen". Die Behauptung, „die Zionisten" hätten sich große Teile der arabischen Welt einverleiben wollen, war in der antisemitischen Propaganda der Nazis zentral gewesen (Herf 2009: 102, 133, 175).

Im Schreiben fanden sich auch modifizierte Formen des Antisemitismus, die typisch werden sollten für die Nachkriegszeit. So erklärte der Mufti, dass Juden keineswegs mehr Opfer, sondern vielmehr Täter seien: „Die Juden" würden deutsche Interessen in Palästina schädigen (womit er die Templer meinte) und keineswegs unter den Folgen des Nationalsozialismus leiden. Vielmehr seien einige „in ihre Stellungen wieder eingerückt" und hätten „ihr Vermögen wieder in Besitz genommen." Es gebe „kaum noch Juden, die unter Verfolgung und Heimatlosigkeit leiden". Hier haben wir es mit der Täter-Opfer-Umkehr zu tun, eine Form des Antisemitismus, die für die Nachkriegszeit charakteristisch war.

[11] Rifai floh in den 1940er Jahren als „Vorkämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes" vor der französischen Fremdherrschaft ins deutsche Exil. Vgl. Radiointerview Zafer Rifai mit dem *Südwestfunk vom 04.08.1952,* Text übersendet vom Interviewer Walter Krause an Pressechef Dr. Eckhardt v. 22.07.1952, PAAA, B11, Bd. 251. Insbesondere nach der Besetzung von Damaskus und Beirut durch britische und freifranzösische Truppen im Juli 1941 flüchteten Mitglieder militanter Gruppierungen, die vom Deutschen Reich unterstützt worden waren, sowie führende Repräsentanten aus syrischen politischen Zirkeln unter deutschen Schutz (Nordbruch 2009: 104).

[12] Riesser an AA v. 27.10.1952, PAAA, B11, Bd. 253. „Das deutsch-israelische Abkommen ist ein Novum der Weltgeschichte", Interview mit dem syrischen Außenminister Rifai, in: *Die Tat* v. 02.10.1952, Kopie PAAA, B10, Bd. 1685. Siehe auch „Syrien: Tödlicher Stoß für deutsch-arabischen Handel", in: *Frankfurter Rundschau* v. 03.10.1952, Kopie in PAAA, B11, Bd. 252 und „Arabische Delegation in Bonn wegen der Wiedergutmachung", in: *FAZ* v. 03.10.1952, S. 3.

[13] Siehe Aufzeichnung Munzel v. 20.10.1952, PAAA, B2, Bd. 17; Rifai an Adenauer, zit. n. Übersetzung o. D., PAAA, B2 VS, Bd. 181.

[14] Aufzeichnung Kordt v. 13.10.1952, PAAA, B2, Bd. 17; Rundschreiben Kordt o. Datum, PAAA, B11, Bd. 253.

[15] Amin Alhusseini [sic], Vorsitzender des Arabischen Hauptausschusses für Palästina an Adenauer v. 07.06.1952, zit. n. der dt. Übersetzung in PAAA, B2 VS, Bd. 183.

Sie impliziert auch die Leugnung der Shoah und ihre Folgen für die Überlebenden.

Der Mufti formulierte scharfe Vorwürfe gegen die Bundesregierung. Diese würde den Juden „Mittel für neue Aggressionen gegen die übrigen Gebiete Palästinas wie auch gegen die arabischen Länderverwaltungen verschaffen" und auf diese Weise „Friede und Ordnung im ganzen Mittleren Osten ernsthaft gefährde[n]". In der Argumentation des Muftis erkennen wir den Übergang zwischen dem NS-Antisemitismus und dem in der Nachkriegszeit entstehenden israelbezogenen Antisemitismus ganz deutlich. Der neu gegründete, sowohl politisch als auch ökonomisch noch ausgesprochen schwache jüdische Staat wurde zu einer Bedrohung der gesamten arabischen Welt stilisiert; Israel nahm den Platz ein, den zuvor „die Juden" eingenommen hatten, die der Mufti in der NS-Propaganda als ewige Feinde des Islam bezeichnet hatte (Schölch 1982: 670f.).

Auf der Basis dieses ideologischen Fundaments baute der Mufti eine Drohkulisse auf. Er drohte mit politischen Konsequenzen und einem wirtschaftlichen Boykott, sollte die Bundesregierung das Abkommen trotz der arabischen Proteste abschließen. Der Brief sollte Druck entfalten, aber auch diejenigen in der Bundesregierung und im Auswärtigen Amt stärken, die eine Aussöhnung mit den Juden falsch fanden und auf arabische Verbündete setzten. Der Mufti kannte die politische Elite Deutschlands und wusste, dass auch große Teile der Öffentlichkeit auf seiner Seite standen. Für den Fall des Entgegenkommens stellte der Mufti eine neue Epoche deutsch-arabischer Freundschaft in Aussicht.

Diese Personen waren die zentralen Akteure auf arabischer Seite. Alle vier hatten die Kriegszeit in Berlin verbracht. Alle vier vertraten in der Nachkriegszeit besonders radikale und kompromisslose antiisraelische Positionen. Für alle war die Vorstellung zentral, dass der Konflikt mit Israel ein existenzieller Kampf aller Araber sei. Die syrische Regierung vertrat innerhalb der Arabischen Liga einen besonders radikalen Kurs gegen Israel und gegen die Entschädigungszahlungen. In Syrien wurde im Juli 1951 ein Boykottbüro eingerichtet, das die Boykottbeschlüsse der Arabischen Liga gegen Israel steuern sollte.[16] Es war auch die syrische Regierung, die auf die ägyptische Regierung Druck ausübte, wo Wirtschaftsinteressen eine stärkere Rolle spielten und den antiisraelischen Eifer zeitweise etwas dämpften.[17]

In einer Kabinettssitzung am 21. Oktober 1952 diskutierten die Minister in Adenauers Kabinett die Frage, wer hinter der Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen stand. Dabei wurde vor allem der Name Joachim Hertslet genannt, ein Kaufmann aus Beuel.[18] Auch in Ägypten kursierten Gerüchte, dass das Schreiben des Muftis an Adenauer in Wirklichkeit aus der Feder von zwei Deutschen stammte: von dem Außenhandelsberater Joachim Hertslet und seinem Mitarbeiter, dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Wilhelm („Willy") Beisner. Die rühmten sich in Kairo damit, dass der arabische Boykott gegen die Bundesrepublik im Wesentlichen ihr Werk sei. Der Mufti habe den Brief nur unterzeichnet, geschrieben hätten sie ihn selbst.[19]

Joachim Hertslet spielte tatsächlich eine Schlüsselrolle. Er war Nationalsozialist der ersten Stunde gewesen und trat bereits im Alter von 14 Jahren der Hitlerjugend bei. Jahrelang trat er öffentlich als Redner für die Partei auf, ab Juni 1939 arbeitete er als Berater für das Reichswirtschaftsministerium.[20] In der Nachkriegszeit verfolgte er wirtschaftliche Interessen in Ägypten. Er hatte die Idee, gegen das geplante Luxemburger

[16] „Developments of the Quarter: Comment and Chronology", in: *Middle East Journal*, Vol. 5, Nr. 4 (Autumn 1951), 484.
[17] „Verschärfte Wirtschafts-Blockade gegen Israel", in: *Internationale Diplomatische Information* v. 03.09.1952, Kopie in PAAA, B11, Bd. 251.
[18] Siehe Notizen Hans Christoph Seebohm v. 21.10.1952, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 5 (1952), 633.
[19] Vermerk über Aussage Günther Jäckering v. 18.01.1954, PAAA, B130, Bd. 5509.
[20] Im Auftrag des Ministeriums war er 1939 und 1940 nach Mexiko und in die USA gereist. Schlotterer Rundschreiben v. 19.01.1939, PAAA, B130, Bd. 5512; Vernehmung Joachim Hertslet durch die US Justizbehörde v. 21. u. 26.06.1946, PAAA, B130, Bd. 5509.

Abkommen als „Vertreter" des Muftis in Deutschland aufzutreten und überzeugte al-Husseini davon. Im Namen des Muftis überreichte er nun Memoranden an Ministerien und Wirtschaft, in denen er vor einem arabischen Boykott warnte. In seinen Schreiben vertrat er die Täter-Opfer-Umkehr in Reinform: Israel sei „rechtswidrig" gegründet worden und habe damit das Recht auf Entschädigung verwirkt. Hertslet präsentierte seine antisemitische Agenda als Schutz arabischer und „islamischer" Interessen. Den Auftakt machte er mit der Überreichung der Note des Muftis an Adenauer im Kanzleramt am 7. Juni 1952.[21] Dabei trat er als offizieller Vertreter des Arabischen Hohen Komitees in Deutschland auf und vertrat damit die Interessen der Palästinenser. Er ging sehr systematisch vor, verhandelte im Namen des Muftis über eine diplomatische Vertretung der arabischen Palästinenser mit dem Auswärtigen Amt, wandte sich in unterschiedlichen Angelegenheiten an verschiedene Ministerien, nahm Kontakt zu Wirtschaftsverbänden auf und schürte dort die Angst vor einem arabischen Boykott gegen deutsche Waren.[22]

Sein Vorgehen sollte für den Antisemitismus in der Nachkriegszeit charakteristisch werden: Er vertrat seine eigenen wirtschaftlichen Interessen im arabischen Raum und seine eigene antisemitische Ideologie, gab aber vor, im Namen der Palästinenser zu sprechen. Dies wird in einem Memorandum gegen das Israel-Abkommen deutlich, das Hertslet Vizekanzler Franz Blücher überreichte. Israel sei auf „rechtswidrige" Weise durch eine „Angriffshandlung" entstanden, hieß es dort. Die islamischen Nationen stünden auf dem Standpunkt, dass

die Juden durch ihre Aggression in Palästina sogar das Recht auf eine Individualentschädigung verwirkt haben, da sie […] sich an einer Unrechtshandlung beteiligt haben, die durchaus der entspricht, auf die hin sie ihre Entschädigungsforderung der Bundes republik gegenüber geltendgemacht haben.[23]

Mit anderen Worten: Die Juden begingen, so Hertslet, die gleichen Verbrechen wie die Nazis. Hier liegt ein Beispiel für die klassische Täter-Opfer-Umkehr im Antisemitismus der Nachkriegszeit vor, vorgetragen von einem deutschen Nazi, der sich dabei mal hinter den Interessen der Palästinenser, mal hinter denen der „islamischen Nationen" versteckte.

Während die Nahostpolitik der Bundesregierung mit der Entscheidung für den Israel-Vertrag auf einen Ausgleich zwischen Israel und den arabischen Staaten ausgerichtet war und in der Folge gute Beziehungen zu beiden Seiten angestrebt wurden, basierte Hertslets Idee einer pro-arabischen Politik auf der Basis einer andauernden Feindschaft gegen Israel, die er unterstützen wollte. Ein Vertrag mit Israel gefährde Deutschlands „politische ebenso wie die wirtschaftliche Zukunft" in „stärkstem Maße", schrieb Hertslet und erklärte, er habe sich „persönlich davon überzeugen können, dass die Auseinandersetzung der Moslem-Staaten mit Israel immer mehr von den politischen Führern aller dieser Nationen als das einigende Band, als die Möglichkeit zur Integration angesehen wird." Hertslet schloss sein Memorandum an Blücher mit der Warnung, „die deutsche Zukunft zugunsten einer Geste gegenüber den Juden aufzugeben."

Die Ansicht, dass Rücksicht auf israelische Interessen den deutschen Interessen schade, vertrat auch Hjalmar Schacht. Der ehemalige Reichsbankchef und Reichswirtschaftsminister wurde zu einem wichtigen Akteur bei der Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen. Er arbeitete nach dem Krieg als Finanzberater der ägyptischen Regierung und traf verschiedene Vertreter der Arabischen Liga, die er dazu anstachelte, kompromisslos gegen das Entschädigungsabkommen vorzugehen.[24] Unter seinem Einfluss entschied sich die Arabische Liga, eine Delegation in die

[21] Zeittafel, betrifft Übersicht über die zeitliche Reihenfolge der von Hertslet gegen die BRD entwickelten Aktivitäten, ohne Datum, PAAA, B130, Bd. 5511. Dort heißt es wörtlich: „Hertslet überreicht als Vertreter des AHK in Deutschland dem Bundeskanzler die Note des Komitees vom 07.06.1952."

[22] Siehe Zeittafel Hallstein v. 15.10.1954, PAAA, B130, Bd. 5511.

[23] Hertslet an Blücher v. 20.08.1952, PAAA, B130, Bd. 5511.

[24] Laut *Al-Ahram* sprach sich der ehemalige Nazi-Minister direkt nach seiner Rückreise in Frankfurt öffentlich gegen das Abkommen aus und kritisierte dieses scharf. *Al-Ahram* v. 29.09.1952, zit. n. einer auszugsweisen Übersetzung in den Unterlagen des AA, PAAA, B11, Bd. 252.

Bundesrepublik zu senden und ihre Proteste zu verschärfen. Schacht wurde in Ägypten zu einem der prominentesten Gegner von Adenauers Israelpolitik. Das war deshalb bedeutsam, weil er als Regierungsberater Kontakte in die Staatsspitze und auch zu Präsident Muhammad Naguib hatte.[25]

In der ägyptischen Presse erschien Schacht in der Folge als Held. Im Dezember 1952 publizierte die Zeitung *Al-Ahram* eine Artikelserie, die beanspruchte, „das Geheimnis des deutschen Wiedergutmachungsabkommens" zu enthüllen. Darin wurde behauptet, eine „zionistische Verschwörung" zur politischen Kontrolle Westdeutschlands werde von den Besatzungsmächten gestützt. Die positive Gegenfigur gegen diese imaginierte „zionistische Verschwörung" war Schacht.[26] Überhaupt hinterließ die Kampagne in der ägyptischen Gesellschaft deutliche Spuren. Meir Litvak und Esther Webman haben im Verlauf der Kampagne einen Anstieg des Antisemitismus in Ägypten festgestellt (Litvak/Webman 2009: 80f.).[27]

Besonders schwerwiegend war es, dass auch deutsche Diplomaten für die Argumente der Kampagne empfänglich waren. Denn im Auswärtigen Amt dachten nicht alle wie Kanzler Adenauer, der bis 1955 auch Außenminister war. Diese Diplomaten argumentierten gegenüber arabischen Gesprächspartnern, das Abkommen sei nicht freiwillig, sondern unter amerikanischem Druck abgeschlossen worden (Jelinek 2004: 229f.). Dabei tat sich insbesondere der Diplomat Otto von Hentig hervor (Conze et al. 2010: 580ff.). In seiner Funktion als westdeutscher Botschafter übersandte er eine Stellungnahme an den ägyptischen Gesandten, in dem er sich von der Wiedergutmachungspolitik distanzierte und eine scharfe Kritik an Adenauers Außenpolitik formulierte.[28] Mit dieser Intervention verstieß von Hentig nicht nur klar gegen die diplomatischen Gepflogenheiten, sondern ermunterte insbesondere die arabischen Gegner der deutschen Politik zu weiteren Interventionen, die auch deshalb wichtig seien, weil das Abkommen einer öffentlichen Diskussion entzogen werde, wie von Hentig behauptete. Die „jüdische Presse" sowie die „meist unter jüdischem Einfluss stehende amerikanische Presse" würden dem deutschen Volk immer wieder die „Nazischuld" vorwerfen, ohne die Belastungen für das deutsche Volk anzuerkennen. Eine Zukunft für die deutsch-jüdischen Beziehungen gebe es aber nicht. Hier sehen wir ein weiteres, typisches Argument des Antisemitismus der Nachkriegszeit: die Vorstellung, dass wichtige Fragen nicht offen diskutiert bzw. gesagt werden dürften, was kaum die klassisch antisemitische Behauptung verschleiert, dass die Presse unter jüdischem Einfluss stehe.[29]

[25] Aufzeichnung Böker v. 04.10.1952, PAAA, B2, Bd. 17. Schacht war im März 1952 nach Ägypten eingeladen worden, um dort „die wirtschaftliche Situation Ägyptens eingehend zu prüfen". Er beteiligte sich auch Plänen zur Gründung einer deutsch-ägyptischen Bank. Siehe Meldung in *Der Spiegel* v. 08.03.1952, Kopie in PAAA, B11, Bd. 865.

[26] Aufzeichnung Munzel v. 12.01.1953, PAAA, B2 VS, Bd. 4; dort auch eine Zusammenfassung der Inhalte der Artikelserie.

[27] Litvak und Webman stellen in arabischen Pressemeldungen über das Abkommen folgende Argumentationsmuster fest: Erstens: Deutschland habe das Recht, Juden zu entschädigen, aber nicht den israelischen Staat; zweitens: Juden würden ungerechtfertigt Schuldgefühle unter Deutschen verbreiten; drittens: Deutschland habe das Abkommen unter Druck von den Westmächten und dem „Weltjudentum" unterzeichnet; viertens: arabische Flüchtlinge hätten mehr Recht auf Entschädigungszahlungen als Israelis; und fünftens: das Abkommen sei ein Schlag gegen die deutsch-arabische Freundschaft.

[28] Von Hentig an den ägyptischen Gesandten v. 27.09.1952, PAAA, Personalakte Otto von Hentig, Bd. 49.856. Siehe in derselben Akte auch Übersetzung durch das Auswärtige Amt ins Deutsche.

[29] Von Hentig gab seinem antijüdischen Ressentiment Ausdruck, als er ausführte, die „jüdische Presse" würde den „guten Willen" der Deutschen nicht anerkennen, und die „meist unter jüdischen Einfluss stehende amerikanische Presse" würde dem deutschen Volk in verleumderischer Weise die „Nazischuld" vorwerfen, ohne die Belastungen anzuerkennen, die die deutsche Regierung dem Volk bereits jetzt aufbürde. Eine Zukunft für deutsch-jüdische Beziehungen gäbe es nicht, beruhigte von Hentig die ägyptischen Adressaten. Weder in der Nachkriegszeit noch während der Nazizeit habe es in Deutschland einen guten Willen gegenüber Israel gegeben. Auch umgekehrt bestehe ein solcher guter Wille nicht; die jüdische Haltung gegenüber Deutschland habe sich „in keiner Weise gemildert",

Der Diplomat von Hentig ist ein Beispiel dafür, dass Israelfeindschaft und antijüdische Ressentiments in der Nachkriegszeit nicht nur bei ehemaligen Parteigenossen und überzeugten Nazis zu finden waren. Im Gegenteil galt von Hentig sowohl unter Zeitgenossen als auch in der historischen Forschung als Beispiel für einen besonders widerständigen und anti-nationalsozialistischen Diplomaten.[30]

Die Allianz von arabischen und deutschen Akteuren verband ideologische Kontinuität mit strategischen Interessen. Antisemitismus – in seiner NS-geprägten wie in der nachkriegszeitlich modifizierten, israelbezogenen Form – diente als gemeinsames Bindeglied.

Mediale, wirtschaftliche und diplomatische Instrumente der Kampagne und die Reaktion der Bundesregierung

Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen bediente sich abgestimmter medialer, wirtschaftlicher und diplomatischer Strategien. Öffentlichkeitswirksam nutzten arabische Delegationen und ihre deutschen Unterstützer die Presse in der Bundesrepublik, um das Abkommen als „feindseligen Akt" gegen die arabischen Staaten darzustellen. Dabei griffen sie auf antisemitische Topoi aus der NS-Propaganda zurück – etwa die Täter-Opfer-Umkehr oder die Gleichsetzung israelischer Politik mit nationalsozialistischen Verbrechen.

Wirtschaftlich setzten die Gegner auf Boykottdrohungen. Syrien und die Arabische Liga kündigten an, deutsche Waren vom arabischen Markt auszuschließen, und deutsche Mittelsmänner wie Joachim Hertslet trugen diese Drohungen gezielt an Wirtschaftsverbände heran. Damit wurde die vermeintliche Gefährdung deutscher Exporte als Argument gegen das Abkommen ins Feld geführt.

Auf diplomatischer Ebene richteten sich direkte Interventionen an die Bundesregierung. Koordinierte Proteste innerhalb der Arabischen Liga verstärkten den Druck. Deutsche Akteure aus ehemaligen NS-Netzwerken – Hertslet, Beisner, Schacht – fungierten als Bindeglieder und Multiplikatoren. Selbst innerhalb des Auswärtigen Amts gab es Sympathien für die Kampagne, wie die Unterstützung des Diplomaten Otto von Hentig zeigte. Auch in der deutschen Presse fanden die Argumente der Kampagne ihren Widerhall. Dabei tat sich vor allem der Kölner Radiojournalist August Hoppe hervor, der forderte, dass Deutschland in keiner Weise positiv mit Israel in Verbindung gebracht werden dürfe, da dies den deutschen Interessen im arabischen Raum schade.[31]

Die Bundesregierung stand innenpolitisch und außenpolitisch unter Druck, als das Abkommen im Frühjahr 1953 ratifiziert werden musste. Sie wollte ihre guten Beziehungen zu den arabischen Staaten behalten, gleichzeitig waren die Entschädigungszahlungen als moralischer Ausdruck deutscher Verantwortung aber wichtig. Die Reaktion der Bundesregierung auf die arabischen Proteste war von einer doppelten Ambivalenz geprägt: besonders in den transatlantischen Beziehungen wurde auf die moralischen Argumente verwiesen, taktisch war man darauf bedacht, arabische Interessen nicht zu verprellen. Dieses Lavieren eröffnete den Gegnern des Luxemburger Abkommens zusätzliche Ansatzpunkte. Erstens führte das stille Einräumen diplomatischer Zugeständnisse – etwa die Betonung, das Abkommen sei nicht gegen arabische Staaten gerichtet – dazu, dass arabische Akteure ihre Drohungen als wirksam wahrnahmen und

trotz der „Opfer", welche die Deutschen erbracht hätten. Von Hentig behauptete, alle jüdischen „Einzelforderungen" seien „in vollem Umfange entschädigt" worden.

[30] Johannes Hürter und Hans-Jürgen Döscher würdigten von Hentings Gegnerschaft gegen die nationalsozialistische Führung, während Robert Wistrich betonte, von Hentig sei dem „Zionismus wohlgesonnen" gewesen (Hürter 2003: 361–387; Döscher 1995: 249–251; Wistrich 1987: 261).

[31] August Hoppe hatte gute Kontakte in die arabischen Staaten, aber auch zu politischen Kreisen in der Bundesrepublik, wie zu Vizekanzler Blücher. Hoppe behauptete an anderer Stelle, das Wiedergutmachungsabkommen sei auf Druck der USA zustande gekommen (Jelinek 2004: 175, 229f.)

ihre Kampagne fortsetzten. Zweitens unterliefen einzelne Diplomaten die offizielle Linie, indem sie gegenüber arabischen Gesprächspartnern Verständnis für ihre Position äußerten oder behaupteten, die Vereinbarung sei unter amerikanischem Druck zustande gekommen. Damit legitimierten sie im Grunde den antiisraelischen Protest und signalisierten, dass es in der Bundesregierung selbst Sympathien für die Forderungen der arabischen Seite gebe. Drittens konzentrierte sich die Bundesregierung innenpolitisch auf Schadensbegrenzung, indem sie wirtschaftliche Boykottdrohungen ernst nahm und die Risiken für den Export betonte. Damit übernahm sie – bewusst oder unbewusst – die Argumentationslogik der Kampagne und machte wirtschaftliche Kosten zu einem zentralen Kriterium für die Bewertung des Abkommens. In der Summe schwächte dieser Kurs die öffentliche Wahrnehmung des Abkommens als moralische Notwendigkeit. Stattdessen erhielt die Sichtweise Auftrieb, dass die Westbindung und die Aussöhnung mit Israel einen hohen außenwirtschaftlichen Preis hätten – genau die Botschaft, welche die deutsch-arabische Allianz zu verankern versuchte.

Diese ambivalente Reaktion der Bundesregierung wirkte wie ein Resonanzraum für die orchestrierten Aktivitäten der deutsch-arabischen Allianz. Die diplomatischen Signale, die wirtschaftliche Argumentationslogik und das Verständnis für die arabische Position fügten sich in das mediale, wirtschaftliche und diplomatische Instrumentarium der Kampagne ein. Dadurch verschwammen in der öffentlichen Debatte die Grenzen zwischen legitimer Interessenspolitik und der von NS-Ideologie geprägten antiisraelischen Agitation – und genau in diesem Graubereich entfaltete die Kampagne ihre größte Wirkung.

Bekanntermaßen erreichten die Proteste nicht ihr eigentliches Ziel, und das Luxemburger Abkommen wurde im März 1953 in Bundestag und Bundesrat ratifiziert. Dennoch wird die mittelfristige Wirkung der Kampagne als beträchtlich eingestuft. Es gelang den Initiatoren, eine „Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen aufzuhalten, was zumindest als Teilsieg der arabischen Diplomatie betrachtet werden kann", bilanziert der Historiker Yeshayahu Jelinek (1997: 62, 68). Die wichtigste Folge war, dass die Bundesregierung es im Frühjahr 1955 ablehnte, zu Israel diplomatische Beziehungen aufzunehmen – kaum zehn Jahre nach der Shoah war dies eine Brüskierung, die so in Israel nicht erwartet worden war. Charakteristisch für die Begründung waren Argumentationen wie jene des deutschen Botschafters im Irak, Wilhelm Melchers: „Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel würde in den arabischen Ländern einen Sturm der Entrüstung hervorrufen und unseren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen einen schweren Schaden zufügen."[32] Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei noch schwerwiegender als das Luxemburger Abkommen, denn in den arabischen Staaten sei man davon ausgegangen, dass Deutschland dieses Abkommen nicht freiwillig abgeschlossen habe, sondern unter dem Druck der Westmächte gestanden hätte.

Mit seiner Argumentation setzte sich Melchers innerhalb des Auswärtigen Amtes durch und die Bundesregierung nahm keine diplomatischen Beziehungen zu Israel auf. Damit hatte die erste antiisraelische Kampagne der Nachkriegszeit, die von alten Nazi-Netzwerken organisiert worden war, mittel- und langfristig Erfolg: Sie schuf ein politisches Klima, in dem Israel vor allem als „Störfaktor" der Beziehungen zu den arabischen Staaten gesehen wurde, wie es Staatssekretär Walter Hallstein einmal formulierte.[33] Diese Wahrnehmung wurde in der Öffentlichkeit wie in den Behörden geteilt. Ohne dass der Hass auf Israel oder Juden nun noch direkt formuliert werden musste, wurde eine Politik verfolgt, die israelischen Interessen schadete, dies aber hinter vermeintlichen Zwängen verschleierte. Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen hat zu dieser Wahrnehmung wesentlich beigetragen.

[32] Melchers an AA v. 29.07.1955, PAAA, B11, Bd. 1386.
[33] Informationsgespräch Walter Hallstein für die Presse v. 13.04.1956, PAAA, B2, Bd. 93.

Die Transformation des Antisemitismus

Die Proteste gegen das Luxemburger Abkommen im Jahr 1952 markieren einen zentralen Moment in der Geschichte des deutschen Nachkriegsantisemitismus. In ihrer Ablehnung der Wiedergutmachungsleistungen an Israel vereinten sich politische Akteure unterschiedlicher Herkunft – von ehemaligen Nationalsozialisten über nationalkonservative Parlamentarier bis hin zu extrem rechten Publizisten – zu einer diskursiven Allianz, die in weiten Teilen auf antisemitischen Ressentiments beruhte. Israel wurde als illegitimer Staat dargestellt, die Shoah relativiert, die Täter-Opfer-Rollen wurden rhetorisch umgekehrt. Diese Kampagne war jedoch nicht bloß ein innenpolitisches Phänomen. Ihre Argumentationen griffen auf transnationale Diskurse zurück, die ihren Ursprung bereits im Nationalsozialismus hatten. Während der NS-Zeit hatte sich eine spezifische Form des antizionistischen Antisemitismus entwickelt, die in der Propaganda gezielt zwischen rassistischen und verschwörungstheoretischen Motiven variierte und mit der innerjüdischen Debatte um die Zukunft jüdischen Lebens und über den Zionismus nichts zu tun hatte. Besonders in der antisemitischen NS-Propaganda für die arabische Welt wurde der rassistische Antisemitismus zugunsten eines betont antiimperialistischen Narrativs überformt, das jüdische Macht mit westlichem Kolonialismus verknüpfte. Der Nationalsozialismus kann insofern als eine Phase der Globalisierung antisemitischer Diskurse verstanden werden: In Zusammenarbeit mit arabischen Akteuren wie dem Mufti von Jerusalem, al-Husseini, exportierte das Regime seine antisemitische Ideologie in den Nahen Osten, wo sie auf bereits bestehende antijüdische und antizionistische Strömungen traf und aktiv rezipiert wurde. Einige der damaligen Kollaborateure wurden nach 1945 in arabischen Staaten wieder politisch aktiv und wirkten an antiisraelischen Kampagnen mit – darunter auch an der Delegitimierung des Luxemburger Abkommens. In der Bundesrepublik wurden diese internationalen antiisraelischen Beiträge bereitwillig aufgegriffen. Die Bezugnahme auf „arabische Proteste" diente als Legitimationsstrategie, um antisemitische Narrative unter dem Deckmantel außenpolitischer Sachlogik zu transportieren. Diese Strategie war charakteristisch für den entstehenden sekundären Antisemitismus der Nachkriegszeit: Antisemitische Positionen wurden nicht mehr offen formuliert, sondern durch Schuldabwehr, Relativierung der NS-Verbrechen und eine moralisierende Kritik an Israel ersetzt. Die Proteste gegen das Luxemburger Abkommen waren nicht nur ein Ausdruck vergangenheitspolitischer Verweigerung, sondern auch ein Kristallisationspunkt neuer antisemitischer Artikulationsformen, die Israel als Projektionsfläche deutscher Schuldabwehr und autoritärer Identitätsrekonstruktion instrumentalisierten. Die rhetorischen Muster – Täter-Opfer-Umkehr, „jüdische Erpressung", Umdeutung von Überlebenden zu Tätern – haben den israelbezogenen Antisemitismus der Nachkriegsjahrzehnte entscheidend mitgeprägt.

Literatur

Adenauer, Konrad (1967): Erinnerungen 1945–1953, Frankfurt am Main/Hamburg: Fischer.

Al-Hamui, Mamun (1943): Die britische Palästinapolitik, hg. v. Prof. Dr. Franz Alfred Six. Kommentierte Dokumentation mit einem Vorwort von Amin al-Hussaini, Berlin: Junker u. Dünnhaupt.

Al-Husseini, Amin (1943): Vorwort, in: Al-Hamui, Mamun: Die britische Palästinapolitik, hg. v. Prof. Dr. Franz Alfred Six, Berlin: Junker u. Dünnhaupt, 9.

Atek, Wageh (1983): Der Standpunkt Ägyptens zur westdeutschen Wiedergutmachung an Israel, in: Orient, 24(3), 470–485.

Becker, Ulrike (2024): Nazis am Nil. Die westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Berggötz, Sven Olaf (1998): Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949–1963, Düsseldorf: Droste.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1991): Antisemitismus in der Bundesrepublik. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946–1989, Opladen: Springer.

Böhm, Franz (1953): Die Luxemburger Wiedergutmachungsverträge und der arabische Einspruch gegen den Israelvertrag, Manuskript, Frankfurt am Main: Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Botsch, Gideon (2006): „Politische Wissenschaft" im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften" im Einsatz 1940–1945, Paderborn u. a.: Ferdinand Schöningh.

Conze, Eckart/Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe (2010): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München: Karl Blessing.

Deutsche Bücherei (Hg.) (1954): Jahresverzeichnis der deutschen Hochschulschriften 1943, 59. Jg., Leipzig: DB.

Döscher, Hans-Jürgen (1995): Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität, Berlin: Wiley VCH.

Elpeleg, Zvi (1993): The Grand Mufti: Haj Amin al-Hussaini, Founder of the Palestinian National Movement, London: Frank Cass.

Finkenberger, Martin (2023): Johann von Leers (1902–1965). Propagandist im Dienste von Hitler, Perón und Nasser, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Gallus, Alexander (2006): Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Düsseldorf: Droste.

Gensicke, Klaus (2007): Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Eine politische Biographie Amin el-Husseinis, Darmstadt: wbg.

Goldenbaum, Hans (2016): Nationalsozialismus als Antikolonialismus. Die deutsche Rundfunkpropaganda für die arabische Welt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 64(3), 449–489.

Goldhagen, Erich (1976): Weltanschauung und Erlösung. Zum Antisemitismus der nationalsozialistischen Führungsschicht, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 24(4), 379–405.

Goschler, Constantin (2005): Schuld und Schulden: die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen: Wallstein.

Hansen, Niels (2002): Aus dem Schatten der Katastrophe: die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion. Ein dokumentierter Bericht. Mit einem Geleitwort von Shimon Peres, Düsseldorf: Droste.

Herf, Jeffrey (2006): The Jewish enemy: Nazi Propaganda during World War II and the Holocaust, Cambridge, Massachusetts: Belknap Press.

Herf, Jeffrey (2009): Nazi Propaganda for the Arab World, New Haven/London: Yale University Press.

Herf, Jeffrey (2010): Hitlers Dschihad. Nationalsozialistische Rundfunkpropaganda für Nordafrika und den Nahen Osten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 58(2), 259–286.

Hitler, Adolf (1941): Mein Kampf. 656. Auflage, München: Franz Eher.

Höpp, Gerhard (Hg.) (2001): Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940 – 1945, Berlin: Klaus Schwarz.

Hürter, Johannes (2003): „Nachrichten aus dem ‚Zweiten Krimkrieg' (1941/42): Werner Otto v. Hentig als Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der 11. Armee", in: Elz, Wolfgang (Hg.): Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, Paderborn/München: Schöningh.

Jelinek, Yeshayahu A. (Hg.) (1997): Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945–1965. Eine Dokumentensammlung, Gerlingen: Bleicher.

Jelinek, Yeshayahu A. (2002): Konrad Adenauer and the State of Israel: Between Friendship and Realpolitik, 1953–196, in: Orient, 43(1), 41–57.

Jelinek, Yeshayahu A. (2004): Deutschland und Israel 1945 – 1965. Ein neurotisches Verhältnis, München: Institut für Zeitgeschichte.

Jelinek, Yeshayahu A./Blasius, Rainer A. (1997): Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960, in: VfZ, 45(2), 309–344.

Krämer, Gudrun (1982): Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten 1914–1952, Wiesbaden: O. Harrassowitz.

Küntzel, Matthias (2002): Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg: ça ira.

Küntzel, Matthias (2004): Von Zeesen bis Beirut. Nationalsozialismus und Antisemitismus in der arabischen Welt, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 271–293.

Küntzel, Matthias (2006): Die zweite Spaltung der Welt. Die Holocaust-Leugnung des iranischen Präsidenten hat Methode, in: Internationale Politik, 61(4), April 2006, 75–83.

Küsters, Hanns Jürgen (2004) (Hg.): Adenauer, Israel und das Judentum, Bonn: Bouvier.

Litvak, Meir/Esther Webman (2009): From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust, London/New York: Hurst/Columbia University Press.

Meyer zu Uptrup, Wolfram (2003): Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung". Propaganda und Antisemitismus der Nationalsozialisten 1919–1945, Berlin: Metropol.

Morris, Benny (2023): 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg, Leipzig: Hentrich & Hentrich.

Morris, Benny (2025): Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Eine Neubetrachtung, Leipzig: Hentrich & Hentrich

Motadel, David (2019): The Global Authoritarian Moment and the Revolt against Empire, in: The American Historical Review, 124(3), 843–877.

Nirenberg, David (2015): Antijudaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens, München: C.H.Beck.

Nordbruch, Götz (2009): Nazism in Syria and Lebanon. The ambivalence of the German option, 1933 – 1945, London, New York: Routlegde.

Poliakov, Léon/Wulf, Joseph (1983): Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente, Frankfurt am Main/Berlin/Wien: Ullstein.

Rensmann, Lars (2004): Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Rensmann, Lars (2020): The Contemporary Globalization of Political Antisemitism: Three Political Spaces and the Global Mainstreaming of the 'Jewish Question' in the Twenty-First Century, in: Journal of Contemporary Antisemitism, 3(1), 83–107.

Rosenberg, Alfred (1922): Der staatsfeindliche Zionismus, Hamburg: Deutschvölkische Verlagsanstalt.

Salzborn, Samuel (2018): Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Schechtman, Joseph Boris (1965): The Mufti and the Fuehrer. The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini, New York: T. Yoseloff.

Schölch, Alexander (1982): Das Dritte Reich, die Zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30(4), 646–674.

Schwarz, Hans-Peter (1991): Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Schwipps, Werner (1971): Wortschlacht im Äther, in: Deutsche Welle (Hg.): Wortschlacht im Äther. Der deutsche Auslandsrundfunk im Zweiten Weltkrieg. Geschichte des Kurzwellenrundfunks in Deutschland 1939–1945, Berlin: Haude & Spener, 13–97.

Sennholz, Marco (2013): Johann von Leers. Ein Propagandist des Nationalsozialismus, Berlin: Be Bra Wissenschaft.

Trimbur, Dominique (2000): De la Shoah à la réconciliation? La question des relations RFA – Israël (1949–1956), Paris : CRNS Éditions.

von Jena, Kai (1986): Versöhnung mit Israel? Die deutsch-israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 34(4), 457–480.

Wistrich, Robert (1987): Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, München: Max Hueber.

Wolffsohn, Michael (1988): Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36(4), 691–731.

Yisraeli, David (1971): The Third Reich and Palestine, in: Middle Eastern Studies, 7(3), 343–353.

IMPRESSUM

Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS)
an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen
Robert-Schuman-Straße 25, 52066 Aachen

Kontakt
Telefon +49 241 60003-8020
E-Mail: cars@katho-nrw.de
Website: http://www.katho-nrw.de/cars
Facebook: https://www.facebook.com/CARSkatho

Herausgabe und Redaktion
V.i.S.d.P.: Martin Spetsmann-Kunkel
Herausgeber: Stephan Grigat, Martin Spetsmann-Kunkel
Redaktion: Bianca Gabrielli

Kenndaten
ISSN: 2748-2146
DOI: 10.17883/6133

Zitiervorschlag
Becker, Ulrike (2025): Deutsch-arabische Allianzen gegen Israel in der Nachkriegszeit. Die Kampagne gegen das Luxemburger Abkommen und NS-Kontinuitäten im globalisierten Antisemitismus, Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, CARS Working Papers 38 (hg. v. Stephan Grigat und Martin Spetsmann-Kunkel), Aachen, DOI: https://doi.org/10.17883/6133

Lizenz
Veröffentlicht unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0). Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de